

Niederschrift

zur 31. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 24.08.2011	18:00- 19:20 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof", ehem. Restaurant

Anwesenheit

Vorsitz

Gerold Sachse ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Maria Meinel , Käthe Radom Vertretung für Herrn Jurik Stiller,

CDU-Fraktion

Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Roland Schulze , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Lothar Hoffrichter , Reinhard Ksink ,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Eckhard Fehse , Franka Koch , Andrea Schickert , Annett Stiebe , Dr. Ingo Wetter ,

Gäste

Jürgen Teichmann ,

Herr Dr. Buhl, Frau Oehlsen, Herr Hellmann, Herr Wedel, Frau Priebe, Herr Moersel, Herr Dr. Hase,
Herr Breitkopf sowie zahlreiche VertreterInnen des Spielautomatengewerbes

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Jurik Stiller entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 31. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 13 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Abg. Petenati beantragt für die nachfolgende Passage Wortprotokoll und bittet um Erläuterung, warum der TOP zur DS-Nr. 5/361 Betreibung des Fitnesscenters im SCHWAPP nicht im öffentlichen Sitzungsteil behandelt wird.

Bürgermeister: „Es geht grundsätzlich um wirtschaftliche Daten des jetzigen Betreibers, die aus unserer Sicht zu schützen sind. Es ist deshalb naheliegend und richtig, diesen TOP im nicht öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln“.

Abg. Hoffrichter, L.: Eine Möglichkeit sollte man aber trotz alledem dem Herrn Wedel geben und Rederecht einzuräumen“.

Bürgermeister: „Deshalb wurde Herr Wedel eingeladen für die heutige Sitzung, dass er unter dem TOP selbstverständlich dabei sein kann und zwar von Anfang bis zum Ende, dass er die Diskussion natürlich mitverfolgen kann. Für Herrn Wedel sind die Daten, die wir hier vortragen, ja nicht neu. Er kennt seine wirtschaftlichen Daten“.

Nach diesen Ausführungen ruft der Vorsitzende die Feststellung der Tagesordnung auf.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 30. Sitzung vom 29.06.2011

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Informationen des Vorsitzenden liegen nicht vor.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Informationen zum Thema Fachkräftesicherung/Attraktivitätssteigerung für Studierende und Auszubildende

Das Wort wird Frau Schickert erteilt. Sie stellt dar, (sh. Powerpointpräsentation als pdf-Datei in der Anlage zur Niederschrift) welche Akteure zu welchen Schwerpunkten engagieren und welche Herausforderungen künftig stellen

Abschließend verständigen sich die Fraktionen darauf, die Informationen zu diesem Thema, die Einzelheiten und die Begleitung der Maßnahmen fraktionsintern zu beraten. Sie danken Frau Schickert für die ausführliche Darstellung.

TOP 6.2 Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/352

Der Erste Beigeordnete erläutert und begründet den ausführlich in der Drucksache dargestellten Sachverhalt und informiert, dass die letzte Satzungsänderung im Dezember 2007 beschlossen wurde.

Die anschließende Diskussion macht deutlich, dass die Mitglieder des Hauptausschusses unter-

schiedliche Auffassungen vertreten, dies betrifft sowohl die Einführung eines Mindeststeuersatzes als auch eine fehlende Einbeziehung der betroffenen Unternehmen.

Die Tatsache, dass sich zahlreiche Gäste zu diesem Thema im Sitzungssaal befinden wird genutzt, um mit Einverständnis der Hauptausschussmitglieder ein, zwei Vertretern eine begrenzte Redezeit einzuräumen, um ihren Standpunkt anzuhören und Nachfragen zu beantworten.

Herr Thomas Breitkopf als Interessenvertreter verschiedener Unternehmen führt zur Sache aus (in Stichworten):

- Spielgeräte mit Unterhaltungswert
- etwa 100 Beschäftigte in dieser Branche in Fürstenwalde
- 13 % Bruttokasse oder Mindeststeuer entzieht den Unternehmen die Existenzgrundlage
- seine Firma hat 2008 Geschäftssitz nach Fürstenwalde verlegt, sechsstellig investiert, ein Gewerbeobjekt gekauft, etwa 50 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen
- Spielsucht (2009 rd. 104.000 Spielsüchtige in der Republik, gewerbliches Automatenspiel, Spielbank, Toto-Lotto, Internet usw.) - sein Unternehmen verfügt seit 2 Jahren über ein Sozialkonzept, die Filialleiter sind auf Präventivmaßnahmen geschult und in der Lage, Gäste anzusprechen und Hinweise zu geben
- Problem – keine auf diese Suchtform spezialisierte Hilfeinrichtungen im Land Brandenburg, kein Dialog mit Automatenunternehmen
- Mindesteinsatz von 0,20 €/Spiel/5 sec, max. Stundenverlust bei 80 €, max. Stundengewinn 500 €, durchschnittl. Verlust eines länger spielenden Gastes darf 33 € nicht übersteigen
- Vergnügungssteuer nicht auf Spieler umlegbar
- Umsatzrückgang um 7,4 % zu erwarten
- Umsatzbeteiligung der Gastwirte mit Automaten, auch hier drastische Rückgänge zu erwarten

Der Erste Beigeordnete verteidigt die eingebrachte Beratungsdrucksache und bringt bei allem Verständnis der Interessensgegensätze seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass eine beabsichtigte Steuererhöhung mit moderater Anpassung hier mit den Betroffenen diskutiert wird.

Die Anwesenden sprechen sich einvernehmlich dafür aus, den Sachverhalt ausführlich zu beraten und die vorgetragenen Argumenten sorgsam zu prüfen. Der Beschluss in der STVV soll zurückgestellt werden.

Zurückstellung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.3 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zerlegung des Gewerbesteuerermessbetrages der Sparkasse Oder-Spree 5/353

Der Bürgermeister erläutert kurz, dass die Zerlegung lediglich aus der Schließung einer Filiale resultiert, deren Anteile auf alle anderen Zweigstellen verteilt werden. Sollte das vor gut 5 Jahren mit der Sparkassenfusion festgelegte Verteilersystem in Frage gestellt werden, so erläutert Herr Hengst weiter, würde davon aufgrund der Zweigstellendichte vor allem die Stadt Frankfurt (Oder) profitieren.

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt/Oder, den heheberechtigten Kommunen des Landkreises Oder-Spree und der Sparkasse Oder-Spree über den Zerlegungsanteil des Gewerbesteuerermessbetrages der Sparkasse Oder-Spree für die Stadt Fürstenwalde/Spree in Höhe von 16,379 v.H. zu.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.4 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/367

Der Erste Beigeordnete erläutert insbesondere zum Pkt. Neuaufnahme von Krediten, dass es nicht um die Einschränkung der Entscheidungskompetenz der Stadtverordneten geht. Vielmehr geht es darum, einen Punkt, der ohnehin praktisch nicht umsetzbar ist und in der Vergangenheit nicht zur Anwendung kam, zu streichen.

Es besteht kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage beigefügte 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree wird beschlossen.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.5 Erweiterung des Gegenstandes der Gesellschaft für Interessenvertretung der OSE- kommunale Aktionäre mbH 5/276/1

Der Bürgermeister berichtet, dass die Gesellschaft künftig, und sofern alle Gemeinden zustimmen, KEG – Kommunale Energiegesellschaft heißen wird. Weiterhin werden vor allem die Interessen der Aktionäre an der E.ON.edis AG vertreten. Darüber hinaus soll sich die Gesellschaft aber auch selbst an der Energieerzeugung und dem –vertrieb beteiligen können. Alle Kommunalaufsichten der beheimateten Gemeinden der Aktionäre im Zusammenwirken mit der Oberen Kommunalaufsicht haben der vorgelegten Satzung zugestimmt, so dass sie in den Stadtverordnetenversammlungen beschlossen werden kann.

Zu erwarten ist, dass die Dividenden im Bereich der Energiewirtschaft rückläufig sein werden und deshalb soll ein zweites Standbein aufgebaut werden. Für 2010 wurden 0,40 €/Aktie ausgeschüttet und insofern hat sich die Beteiligung der Stadt Fürstenwalde durchaus positiv entwickelt. Dieser Weg soll weiter verfolgt werden. Denkbar ist die Beteiligung an Solaranlagen, an Windparks oder die Finanzierung eines 1.000-Dächer-Programms bzw. die Errichtung eigener kleiner Solaranlagen auf städtischen Einrichtungen wie Schulen, Kitas o.ä.

Über detaillierte und konkrete Vorstellungen wird der Bürgermeister zum gegebenen Zeitpunkt wieder informieren.

Weiterer Erläuterungsbedarf besteht nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Geschäftsfelderweiterung der Gesellschaft für Interessenvertretung der kommunalen OSE-Aktionäre mbH zu. Der Gegenstand der Gesellschaft wird wie folgt neu formuliert:

**§ 2
Gegenstand des Unternehmens**

1.

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Rechte und Pflichten der kommunalen Aktionäre in der E.ON edis AG mit Sitz in Fürstenwalde/Spree als Gesamtrechtsnachfolgerin der Oder-Spree-Energieversorgung AG. Die Gesellschaft unterstützt ihre Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Daseinsvorsorge im Rahmen der Darbietung einer sicheren und preiswerten Energieversorgung.

2.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

1. die von ihr gehaltenen Aktien und die sich daraus ergebenden Stimmrechte in der Hauptversammlung der E.ON edis AG zu vertreten;
2. die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Energieversorgung ihres Gebietes, wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger, zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber der E.ON edis AG, staatlichen Stellen, anderen Verbänden und der Öffentlichkeit zu vertreten;
3. im Rahmen wirtschaftlich sinnvoller und vertretbarer Geschäftsführung weitere Aktien an der E.ON edis AG zu erwerben und Kapitalerhöhungen mit zu vollziehen.

3. Gegenstand des Unternehmens sind des Weiteren der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung.

4. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung des Gesellschaftszwecks unmittelbar dienen. Gründung von und Beteiligung an Unternehmen auf dem energiewirtschaftlichen Sektor sind erlaubt.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Der Erste Beigeordnete berichtet, dass die Kommunalaufsicht die Haushaltssatzung 2011 und den Kredit für das Bürogebäude in Höhe von 8.351 Mio€ genehmigt hat. Damit verbleibt ein zu finanzierender Eigenanteil in Höhe von 144 T€.

Herr Dr. Wetter informiert, dass am 18.09.2011 um 10.00 Uhr mit einer Andacht beginnend der erste „Tag des offenen Friedhofs“ mit verschiedenen thematischen Informationsangeboten stattfindet.

Der Bürgermeister informiert darüber, dass das OVG Berlin-Brandenburg die Klagen gegen den ZV abgelehnt und die Kosten des Verfahrens dem Kläger auferlegt hat. Dies gilt sowohl für die Neu- als auch für die Altanschießer. Das OVG hat die Berufung, die sich aus den Urteilen des VG ergeben hat, nicht zugelassen. Damit sind weitere Kläger in der Sache gescheitert, die insbesondere der Auffassung waren, es bestünden verfassungsrechtliche Bedenken. Bei Interessen können die Urteile vom STVV-Büro zur Verfügung gestellt werden.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Es liegen keine Anfragen im öffentlichen Teil vor.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Gerold

Franka Koch



Sachse

Vorsitzender

Schriftführerin